Abwägung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen

Kapitel 2. Siedlungsstruktur

Abwägungstabelle zum Abschnitt 2.3 Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

Anlage 2.7 zum Beschluss Nr. PLV 30/01/24 vom 19.04.2024

Formulierung „Einreicher der Stellungnahme“ in der Spalte „Inhalt“: Diese Passagen werden zur Anonymisierung von Namen, Ortsinformationen und Bezeichnungen von beteiligten Personen und Institutionen vor Veröffentlichung der Abwägungstabellen im Internet i.d.R. mit der Formulierung „Einreicher der Stellungnahme“ anonymisiert.

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen (Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
1	allgemein	75-978-001	Für die Ziele und Grundätze für großflächige Industrieansiedlungen und regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen gelten unsere [...] Schutzbereiche, in den Höhenbeschränkungen bestehen. Es ist ein Freileitungsbereich von 50 m (Anhaltswert) beidseitig der Trassenachse zu beachten, für den Bau-, Nutzungs- und Höhenbeschränkungen bestehen. Innerhalb des Freileitungsbereiches befindet sich der Freileitungsschutzstreifen von ca. 30 m bzw. 35 m (beidseitig der Trassenachse) bei 220 bzw. 380-kV-Freileitungen, für den in den entsprechenden Grundbüchern beschränkte persönliche Dienstbarkeiten eingetragen sind. Daraus begründet sich das grundsätzliche Bauverbot im Freileitungsschutzstreifen. Dies gilt auch für Bepflanzungen mit Bäumen und Sträuchern.	Kenntnisnahme Die Auseinandersetzung mit den hier angeführten Sachverhalten findet auf der Genehmigungsebene statt und ist somit kein bewertungsrelevanter Bestandteil auf Ebene der Regionalplanung.
2	allgemein	92-556-001	Es sollten weitere Flächenausweisungen für Industrieansiedlungen (IG/RIG) in den Regionalplan aufgenommen werden. Der Einreicher der Stellungnahme regt an, vor dem Hintergrund der konstant steigenden Nachfragesituation an Flächen in Ostthüringen, insbesondere für den Bereich Jena, sowie der langfristigen Planungs- und Entwicklungshorizonte, weitere Flächenausweisungen für Industrieansiedlungen (IG/RIG) in den Regionalplan aufzunehmen, um auch zukünftig am Standort Thüringen attraktiv für Neuansiedlungen und Bestandsentwicklungen von Unternehmen zu bleiben und wettbewerbsfähige Angebote an Industrieflächen vorhalten zu können. Vorrangig vorgeschlagen werden hierbei Ausweisungen von Flächen in einer Größenordnung von ca. 40-50 Hektar, die sich neben dem Umland von Jena auch auf die Region um Gera sowie das Gebiet der A 9 bei Schleiz beziehen. (Gerade das IG Gera Cretzschwitz hat mit einem extrem kurzen Vermarktungszeitraum von wenigen Monaten gezeigt, wie hoch die Nachfrage nach Flächen dieser Größenordnung ist und	nicht entsprochen Die Regionalen Planungsgemeinschaften haben im Jahr 2001 eine Standortkonzeption für Industrie- und Gewerbeflächen erarbeitet, aus dieser die heutigen IG- und RIG-Standorte hervorgegangen sind. Allein die Anzahl an IG-Standorten in Ostthüringen, welche auch im Jahr 2023 weder erschlossen noch besiedelt sind und deren verfügbare Nettoflächenkapazität (Stand Juni 2022) deutlich über 400 ha liegt zeigen, dass weitere Flächenausweisungen für großflächige Industrieansiedlungen nicht erforderlich sind: IG-1 Altenburg/Windischleuba rund 56 ha, IG-3 Hermsdorf Ost III rund 30 ha, IG-4 Hermsdorf Kreuz/Schleifreisen rund 70 ha, IG-5 Industriegroßstandort Ostthüringen rund 235 ha, IG-6 Triptis-Nord II rund 40 ha. Es sind die ausgewiesenen und noch nicht vollständig genutzten Vorranggebiete großflächige Industrieansiedlung sowie regional

**Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)**

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			welche regionalwirtschaftlichen Effekte für die jeweiligen Regionen erzielt werden.)	bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlung vor weiteren Neuausweisungen zu nutzen.
3	Z 2-2	69-257-005	Hier bedarf es einer inhaltlichen Änderung. Zu Z 2-2 und Z 2-3: Unter beiden Nummerierungen sind die Flächen für Industrie- und Gewerbe in und um Münchenbernsdorf nicht vorgesehen. In Anbetracht, dass der Raum um die A 9 bereits schon in der Fortschreibung des LEP als Entwicklungsschwerpunkt genannt wird, kann nicht nachvollzogen werden, warum der Raum um die A 9 so wenig Bedeutung in der Regionalplanung zugestanden bekommt. Aus unserer Sicht setzt der Regionalplan Ost die Vorgaben des LEP an dieser Stelle nicht um. Hier bedarf es einer inhaltlichen Änderung. Wir verweisen hierbei erneut auf das beigefügte Gewerbeflächenentwicklungskonzept.	Der im LEP-Entwurf (November 2022) genannte „Raum um die A 9“ ist in der Fortschreibung des vorliegenden Regionalplanentwurfs mit drei Vorranggebieten großflächige Industrieansiedlungen (IG-3, IG-4 und IG-5) ausgestattet. Darüber hinaus ist der Raum in der Kategorie „mit günstigen Entwicklungsvoraussetzungen“ eingeordnet und eben nicht ein Raum mit „Entwicklungsschwerpunkt“ wie vom Einreicher mit der Anreg.-Nr. 69-257-005 unter der lfd. Nr. 3 postuliert. Im Grundsatz des LEP-Entwurfs, 1.1.2 G ist außerdem keine weitere Vorgabe an die Regionalplanung geknüpft. Das regional integrierte Gewerbeflächenentwicklungskonzept für den Landkreis Greiz lag dem Plangeber bereits vor. Für die Gemeinde Münchenbernsdorf wird ein Flächenpotenzial für ein Gewerbe- und Industriegebiet bei Schwarzbach von etwa 10 bis 20 ha gesehen. Diese Flächengröße widerspricht der Vorgabe des LEP, 4.3.3 V für regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen von einer Mindestflächengröße für Unternehmen mit einem Flächenbedarf ab 20 ha. Diese Vorgabe wurde zwar durch den Plangeber aufgeweicht, dennoch sollte eine Mindestflächengröße für ein regional bedeutsames Industrie- und Gewerbegebiet von mehr als 20 ha vorhanden sein. Des Weiteren verfolgt der Plangeber das grundsätzliche Erfordernis der Reduktion von Flächenneuinanspruchnahme. Hierzu sind die Grundsätze G 2-1 und G 2-2 ebenfalls zu betrachten. Der Plangeber wird daher keine weiteren Flächen für Industrie-großansiedlungen (IG/RIG) ausweisen, sondern plädiert vielmehr auf einen nachhaltigen Umgang und Nutzung der ausgewiesenen und vorhandenen Flächen.
4	allgemein	92-556-005	[Der Einreicher schlägt folgende Konkretisierung im 2. Absatz 1. Satz nach dem Komma (Seite 2) und äquivalent in der Begründung zu Z 2-2, 1. Absatz vor:]	entsprochen Der Zusatz „qualitativ hochwertigen“ wurde in der entsprechenden Stelle eingefügt.

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			[Pasmus 'Zahl an Arbeitsplätze' erweitern um 'Zahl an qualitativ hochwertigen (neuen) Arbeitsplätzen'.] "Qualitativ hochwertig" meint gute Entlohnung, gute und moderne Arbeitsbedingungen, Entwicklungsmöglichkeiten, anspruchsvoll(ere) Tätigkeit(en) → Erfordernis der Veränderung von Quantität zu Qualität der Arbeitsplätze als Reaktion auf die geringe Verfügbarkeit von Fachkräften (einfache Formel: eher Klasse statt Masse).	
5	allgemein	92-556-009	[Der Einreicher regt an, die Formulierungen „überregional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen" (IG) bzw. "regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen (RIG)" ohne konkrete Flächenangaben zu verwenden.] Es wird begrüßt, dass die im LEP 2025 vorgegebenen Flächenbedarfe einer Leitansiedlung von mind. 20 ha (Eignung) in dieser Form nicht übernommen wird. Aus Sicht [des Einreichers] ist es sinnvoll, die Formulierungen „überregional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen" (IG) bzw. "regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen (RIG)" ohne konkrete Flächenangaben zu verwenden. Ggf. könnte ein „Orientierungswert" mit 20 ha (für IG) bzw. 10 ha (für RIG) angegeben werden. Hintergrund ist, dass aus Sicht [des Einreichers] zur Beurteilung der Raumbedeutsamkeit der Flächenumfang nur eines von vielen Kriterien sein kann.	teilweise entsprochen Wie vom Einreicher bemerkt, wird das Flächenziel von 20 ha (Flächenverfügbarkeit) sowohl für Vorranggebiete großflächige Industrieansiedlungen als auch bei regional bedeutsamen Industrie- und Gewerbeansiedlungen, wie im LEP vorgegeben, vom Plangeber nicht weiterverfolgt. Des Weiteren werden die Vorranggebiete in den Zielen Z 2-3 und Z 2-4 auch bei einer geringen Flächenverfügbarkeit ausgewiesen, um konkurrierende, mit der vorrangigen Nutzung nicht vereinbare, Planungen und Maßnahmen zu unterbinden. Bei der vom Plangeber durchgeführten Kreisplanersitzung am 16.09.2022 in Gera, wurde das Thema „Netto-Restfläche“ diskutiert, mit dem Ergebnis, dass die im Begründungstext der Ziele Z 2-2 und Z 2-3 genannten Restflächenpotenziale verbleiben. Die Flächenangaben im Begründungstext dienen unter anderem dem Nachweis, dass aufgrund einer ausreichenden Netto-Restflächenverfügbarkeit keine weiteren Vorranggebiete für Industrie- und Gewerbe ausgewiesen werden. Der vom Einreicher angebrachte Hinweis zur Herausnahme der Netto-Restflächen in der Begründung zu den Zielen Z 2-3 und Z 2-4 wird demzufolge nicht entsprochen. Jedoch wird die Flächenverfügbarkeit nochmals geprüft und die aktuell verbleibenden Flächenpotenziale aktualisiert. Aufgrund der so dargestellten Restflächenpotenziale kann anhand von Fakten nachgewiesen werden, dass keine
6	Z 2-2	92-556-006	Der Einreicher regt an, keine Aussage zu verbleibenden Netto-Restflächen in den großflächigen Industrieansiedlungen zu treffen. Bezüglich des Standortes Gera-Vogelherd/Cretzschwitz (IG-2) S. 29 f sind die Aussagen teilweise unzutreffend. Dort heißt es, dass nach Ansiedlung eines großen Handels- und Logistikunternehmens sowie eines weiteren Investors eine Netto-Restfläche von 6 ha verbleibe. Tatsache ist, dass auf der vom Einreicher entwickelten südlichen Teilfläche mit einer Nettofläche von 37 ha mit Stand 08/2023 eine Netto-Restfläche von ca. 12 ha verbleibt.	

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen (Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			Wir möchten anregen, überhaupt keine Aussage zu verbleibenden Netto-Restflächen zu treffen, da dies immer nur eine Momentaufnahme sein kann und die Gefahr bestünde, dass der Regionalplan an diesen Stellen schnell „veraltet“. Sofern die Regionale Planungsgemeinschaft eine Aussage treffen möchte, müsste die Aussage zu Restflächen lauten „Stand 08/2023: ca. 12 ha“.	weiteren Flächenausweisungen für großflächige Industriean-siedlungen derzeit notwendig sind.
7	Z 2-3	92-556-008	Die im Regionalplanentwurf aufgeführten Flächenausdehnungen sind für uns nicht nachvollziehbar und weichen tlw. erheblich von bei den Einreichern geführten projektbezogenen Flächenumrissen und -angaben zu Bruttoflächen ab. Für die in Verantwortung des Einreichers entwickelten Flächen sind nachfolgend in Klammern die aus Sicht des Einreichers vermarktbareren Flächen aufgeführt. • RIG-1 Industriegebiet am Flugplatz Altenburg Nobitz (37 ha) • RIG-2 Industrie- und Gewerbegebiet Altenburg Nord-Ost I-III (9 ha) • RIG-3 Industriegebiet ehern. Teerverarbeitungswerk Rositz (21 ha) • RIG-5 Industrie- und Gewerbebestandort Gera Airport Area (hier beschränkt sich aktuell die Entwicklung durch den Einreicher auf Teilflächen südlich der B 7; die nördlich der B 7 als RIG 5 bezeichneten Flächen werden derzeit nicht durch den Einreicher entwickelt) (6 ha) • RIG-7 Industrie- und Gewerbepark Ronneburg Ost (30 ha) • RIG-8 Industrie- und Gewerbegebiet Rudolstadt-Schwarza (13 ha) • RIG-10 Industrie- und Gewerbegebiet Unterwellenborn (Maxhütte) (6 ha)	

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen (Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			Im Regionalplan ist das verfügbare Flächenpotential in den Vorranggebieten regional bedeutsamer Industrie- und Gewerbeansiedlungen mit ca. 227 ha zum Stichtag 01.07.2022 angegeben. Dies kann durch den Einreicher nicht überprüft werden. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, die verfügbaren Flächen im Regionalplan standortkonkret zu benennen, da diese Daten sich sehr schnell ändern können.	
8	allgemein	130-107-005	Durch die Zerschneidung landwirtschaftlicher Flächen infolge der Neutrassierung der B 88 ergeben sich im Bereich zwischen Jena-Maua und der Gemeinde Rothenstein optimale Möglichkeiten zur Neuentwicklung wirtschaftlich bedeutender Gewerbe- und Einzelhandelsbetriebe. Über einen eigenständigen Knotenpunkt erfolgt eine direkte Neuanbindung an den bisherigen Gewerbe- und Einzelhandelsstandort der Gemeinde Rothenstein.	Kenntnisnahme Eine Ausweisung weiterer IG- oder RIG-Flächen wird es auf Ebene der Regionalplanung nicht geben (siehe Abwägung zum Hinweis mit der Anreg.-Nr.: 92-556-001 unter der lfd. <u>Nr. 2</u> in diesem Dokument).
9	allgemein	155-5-006	Hinweis zu industriell genutzten Flächen Bei Neuerschließung von Gewerbe- und Industriegebieten ist darauf zu achten, dass alle infolge der Flächenversiegelung entstehenden negativen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt ausgeglichen werden.	Kenntnisnahme Eine Ausweisung weiterer IG- oder RIG-Flächen wird es auf Ebene der Regionalplanung nicht geben (siehe Abwägung zum Hinweis mit der Anreg.-Nr.: 92-556-001 unter der lfd. <u>Nr. 2</u> in diesem Dokument). Ansonsten findet die Auseinandersetzung mit den hier angeführten Sachverhalten auf der Genehmigungsebene statt.
10	Z 2-2	78-3-004	Die verkehrsgünstige Lage von einigen Gemeinden des Saale-Holzland-Kreises bietet ein Potenzial für die Entwicklung solcher Flächen [gemeint sind Industrie- und Gewerbeflächen, vgl. Z 2-2, Z 2-3]. Allerdings ist die Entwicklung aufgrund der städtebaulichen Grundsätze für vielen Gemeinden nur eingeschränkt möglich. Einige Gemeinden sehen die Entwicklungsmöglichkeit in Zusammenarbeit bzw. Kooperation mit der Stadt Jena (z. B. Gewerbegebiet in der Gemeinde Rothenstein).	Kenntnisnahme Die Anregung enthält keine konkreten Forderungen oder Änderungsvorschläge zum Plansatz oder seiner Begründung und wird demnach nur als allgemeiner Hinweis behandelt.

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen (Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
11	Z 2-2	47-455-003	Die im Verbandsgebiet unter den Punkten 2.3.1 [...] aufgeführten Flächen IG-2, IG-5 [...] sind nicht alle voll erschlossen, so dass u. U. keine kurzfristige Flächenverfügbarkeit besteht. Der Standort Gera Vogelherd/Cretzschwitz IG-2 ist von der Erschließungsträgerin mit erheblichen Einschränkungen bei der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung errichtet worden. Für den Industriegroßstandort Ostthüringen (Gera/Ronneburg) IG-5 ist bislang keine trink- und abwasserseitige Erschließung vorhanden und uns keine Erschließungsplanung bekannt. Damit ist dieser Standort erst langfristig verfügbar. Bei allen Standorten können Aussagen zur tatsächlichen Ver- und Entsorgung bzw. zu erforderlichen Erschließungsaufwendungen, die von den beteiligten Kommunen oder externen Erschließungsträgern zu tragen sind, erst mit konkreten Angaben zur flächenhaften Ausdehnung, den Befestigungsgraden und möglichen Gewerbearten erfolgen.	Kenntnisnahme Die Ver- und Entsorgung von Trink- und Abwasser innerhalb von Vorranggebieten großflächige Industrieansiedlung sowie regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlung sind nicht relevant auf der Ebene der Regionalplanung. Solche Detailprüfungen finden auf der Genehmigungsebene statt.
12	Z 2-3	47-455-004	Die im Verbandsgebiet unter den Punkten [...] und 2.3.2 aufgeführten Flächen [...] RIG-5 bis RIG-7 sind nicht alle voll erschlossen, so dass u. U. keine kurzfristige Flächenverfügbarkeit besteht. Der Wirtschaftsraum Gera Flugplatz RIG-5 und das Industrie- und Gewerbegebiet Ronneburg-Ost RIG-7 sind jeweils nur teilweise bzw. unzureichend erschlossen. Ohne weitere Investitionen der Erschließungsträger in die Erschließung sind kaum noch Ansiedlungen möglich. Bei allen Standorten können Aussagen zur tatsächlichen Ver- und Entsorgung bzw. zu erforderlichen Erschließungsaufwendungen, die von den beteiligten Kommunen oder externen Erschließungsträgern zu tragen sind, erst mit konkreten Angaben zur flächenhaften Ausdehnung, den Befestigungsgraden und möglichen Gewerbearten erfolgen.	

**Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)**

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
13	Z 2-2	55-400-005	Wir möchten unserer Bitte Nachdruck verleihen, bei künftigen Planungen [...] der Landwirtschaft ein höheres Gewicht zu geben! Die Agrargenossenschaft „Drei Eichen“ eG beklagt hohe Flächenverluste durch Industrie- und Gewerbegebiete. [...] Durch die Ausweisung von Großflächigen Industrieansiedlungen [IG-5] und Regional bedeutsamen Industrie- und Gewerbeansiedlungen werden weitere Flächenverluste in Höhe von ca. 16 % der Betriebsfläche von 2022 auf die Agrargenossenschaft zukommen. Trotz der bereits umfangreich abgestimmten Planungen auf Landes- und Regionalplanungsebene möchte der Einreicher der STN darauf hinweisen, dass für einen milchviehhaltenden Betrieb wie die Agrargenossenschaft „Drei Eichen“ eG ein Flächenverlust von 16 % der Betriebsfläche durch Industrie- und Gewerbeflächen existenzgefährdend sein kann. Ein Ausgleich des Flächenverlustes durch Hinzupachten anderer Flächen ist nicht möglich, da die Flächensituation vor Ort angespannt ist. Im LEP 2025 wird unter dem Grundsatz 6.2.3 G LEP und der Vorgabe 6.2.5 V LEP eine regional ausgewogene Steigerung des Viehbestands angestrebt. Futterflächen in der Nähe großer Rinderanlagen sind ein weiteres Kriterium für die Ausweisung der Freiraumbereiche Landwirtschaft im Sinne des Grundsatzes 6.2.2 G LEP. Unter Grundsatz G 4-11 ERP OT sollen Acker- und Grünlandflächen in unmittelbarer Nähe der Standorte der Tierhaltung gesichert werden. Im LEP sind laut Begründung zur Vorgabe 6.2.4 V LEP unter anderem Futterflächen in unmittelbarer Umgebung großer Rinderanlagen und der Viehbestand Kriterien für den Ausweis von landwirtschaftlichen Vorranggebieten innerhalb der Entwicklungskorridore. Demzufolge sind diese bei Abwägungen konkurrierender Raumnutzungsansprüche entsprechend zu gewichten. Die Landwirtschaft im Raum um Gera und Ronneburg hat bereits umfangreiche Flächenverluste hinnehmen müssen. Gerade für	Kenntnisnahme Der Regionalplan kann aufgrund der Maßstabsebene nicht Flurstücks genau und parzellenscharf sein. Detaillierte Flächenverluste einzelner juristischer Personen sind dem Plangeber nicht bekannt und auf der Ebene der Regionalplanung auch nicht relevant. Ein möglicher Flächenverlust einzelner juristischer Personen und die damit einhergehenden Kompensationsmaßnahmen nach BauGB können erst bei einer detaillierten Planung des Vorranggebiets IG-5 auf Ebene der Bauleitplanung erfolgen. Die genannte Industriegroßfläche ist bereits seit 20 Jahren (Vorarbeiten bereits 1999) in Planung. Aufgrund der landesplanerischen Sicherung des Vorranggebiets als Industriegroßfläche (LEP, 4.3.1 Z), muss diese ebenfalls im Regionalplan gesichert werden. Die vom Einreicher genannten Vorgaben und Grundsätze des LEP sind nicht höherwertig zu wichten als das landesplanerische Ziel der Ausweisung der zur Rede stehenden Industriegroßfläche. Würde eine Abwägung diesbezüglich stattfinden, so ist der Grundsatz klar dem Ziel unterlegen. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben, welche bereits abschließend abgewogen sowie textlich und zeichnerisch festgelegt sind. Grundsätze hingegen sind Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums und gelten als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen. Die vom Einreicher zitierten Aussagen im LEP, 6.2.4 V werden vom Plangeber unter dem Ziel der Landwirtschaftlichen Bodennutzung (Z 4-3) und dem Grundsatz der Landwirtschaftlichen Bodennutzung (G 4-13) zeichnerisch und textlich im Regionalplan umgesetzt. Eine zeichnerische Festlegung zur Steigerung des Viehbestandes (LEP, 6.2.3 G), Vorrang- und Vorbehaltsgebieten „landwirtschaftliche Bodennutzung“ (LEP, 6.2.4 V) oder zu Vorbehaltsgebieten „Standorträume landwirtschaftlicher Nutztierhaltung“ (LEP, 6.2.5 V) wird im LEP nicht getroffen. Die Vorgabe zur Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten „Standorträume landwirtschaftlicher Nutztierhaltung“

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen (Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			milchviehhaltende Betriebe ist dies schwer auszugleichen. [...] Weitere Flächenverluste für die Landwirtschaft in dieser Region sind nicht hinnehmbar.	(LEP, 6.2.5 V) ist lediglich eine „kann-Vorgabe“ und wurde aufgrund von unkonkreten Handlungsvorgaben und mangelnder Datenlage vom Plangeber nicht umgesetzt. Das Land Thüringen bekennt sich auch im Jahr 2022 weiterhin zum Industriegroßstandort Ostthüringen (siehe Thüringer Landtag zu Drucksache 7/5857). Mit der bedarfsorientierten Entwicklung von größeren Industrie- und Gewerbestandorten ist unter anderem das Ziel verbunden, die Attraktivität Thüringens im internationalen und überregionalen Standortwettbewerb zu stärken. Der Plangeber ist sich bewusst, dass die Ausweisung des IG-5 Industriegroßstandorts Ostthüringen in erheblichem Maße derzeit landwirtschaftlich genutzte Fläche berührt. In Umsetzung des Ziels des LEP, 4.3.1 Z hat die Regionale Planungsgemeinschaft keinen weiteren Handlungsspielraum und hält ebenso eine mittel- bis langfristige Flächenvorsorge an diesem Standort für raumordnerisch erforderlich (Lage in oder bei zentralen Orten, Lage an landesbedeutsamen Entwicklungsachsen, Lage an Infrastruktur für Autobahn und Eisenbahn, Lage in Räumen mit zu überwindenden Nachteilen wie Arbeitslosigkeit und mangelnder Industriebestand, hohe landesbedeutsame Raumwirksamkeit, einzig möglicher Standort größer als 250 ha in Ostthüringen u. a.). Im Übrigen hat die landwirtschaftliche Bodennutzung so lange Bestand, wie zur Umnutzung für Industrie und/oder Gewerbe kein zwingender Grund besteht.
14	Z 2-2	61-398-024	Seite 29 ff., Abschnitt 2.3.1 Vorranggebiete großflächige Industrieanlagen – Das IG-4 Hermsdorf Kreuz/Schleifreisen befindet sich vollständig im Einzugsgebiet einer Reihe von Trinkwasserbrunnen im Zeitgrund, die dem Versorgungsgebiet Hermsdorf zuzuordnen sind, und in der zukünftigen Trinkwasserschutzzone III des Wasserschutzgebietes Östlicher Zeitgrund. Insbesondere Industrie- und Gewerbeansiedlungen, bei denen mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen werden soll, sind	entsprochen Der Vorschlag des Einreichers in die Begründung des Ziels Z 2-2 einen weiteren Satz bzgl. des betreffenden Wasserschutzgebiets einzubinden, wird gefolgt. Folgender Satz wurde bzgl. des Vorranggebiets großflächige Industrieansiedlungen IG-4 eingearbeitet: ... [Im Bauleitplanverfahren sind Regelungen bezüglich der Lage des Standortes (IG-4) innerhalb des im Verfahren befindlichen WSG SZ III und zum Immissionsschutz (Luft- und Lärmbelastung

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			in Wasserschutzgebieten nur eingeschränkt zulässig. Näheres regelt § 49 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV). Zum Beispiel können öffentliche Tankstellen in einem solchen Gebiet im Regelfall nicht errichtet werden, da deren übliche Behältergrößen die nach der AwSV zulässigen Grenzen überschreiten. Unzulässig können z. B. auch Betriebe sein, in denen mit besonders gefährlichen biologischen Arbeitsstoffen oder gentechnisch veränderten Stoffen einer höheren Sicherheitsstufe umgegangen wird. Die Errichtung großflächiger Industrieanlagen ist verbunden mit großflächigen Bodenversiegelungen. Die Versiegelung von Böden hat negative Auswirkungen auf den Naturhaushalt, die vielfältigen Funktionen der Böden gehen verloren. U. a. wird die Grundwasserneubildung reduziert. Es wird vorgeschlagen, die Begründung um folgenden Satz zu ergänzen: „Die Art und Intensität der Nutzung der Flächen in dem Vorranggebiet IG-4, die sich im Wasserschutzgebiet befinden, regelt das Wasserrecht. Dies gilt insbesondere für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.“	für die Ortslagen Hermsdorf und Schleifreisen) zu treffen]. „Die Art und Intensität der Nutzung der Fläche IG-4, welche in einem im Verfahren befindlichen Wasserschutzgebiet verortet ist, regelt das Wasserrecht. Dies gilt insbesondere für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.“
15	Z 2-3	61-398-025	Seite 30 ff., Abschnitt 2.3.2 Vorranggebiete regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen - Der Industrieverbundstandort RIG-4 Schmölln-Gößnitz (Nitzschka-Nörditz) befindet sich teilweise in der Trinkwasserschutzzone III des WSG Nitzschkaer Brücke. Das RIG-8 Gewerbegebiet und Industriepark Rudolstadt-Schwarza befindet sich im südlichen Teil des Einzugsgebietes einer Brunnengalerie von Rudolstadt und Saalfeld der zukünftigen Wasserschutzzone III des WSG Saalfeld-Wöhlsdorf, die zur Trinkwasserversorgung von Saalfeld genutzt werden.	entsprochen Der Vorschlag des Einreichers in die Begründung des Ziels Z 2-3 einen weiteren Satz bzgl. des betreffenden Wasserschutzgebiets einzubinden, wird gefolgt. Folgende Sätze wurden bei den genannten Vorranggebieten regional bedeutsamen Industrie- und Gewerbeansiedlungen RIG-4 und RIG-8 eingearbeitet: RIG-4: <i>Im Bauleitplanverfahren werden Regelungen bezüglich der Lage im festgesetzten WSG SZ III „WSG Nitzschkaer Brücke“ zu treffen sein. Die Art und Intensität der Nutzung der Fläche, welche in einem Wasserschutzgebiet verortet ist, regelt das Wasserrecht. Dies gilt insbesondere für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.</i>

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen (Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			Aufgrund der Lage in Wasserschutzgebieten sind insbesondere Industrie- und Gewerbeansiedlungen, bei denen mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen werden soll, in diesem Gebiet nur eingeschränkt zulässig. Näheres regeln insbesondere die jeweiligen Schutzgebietsbeschlüsse bzw. -Verordnungen sowie § 49 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV). Zum Beispiel können öffentliche Tankstellen in einem solchen Gebiet im Regelfall nicht errichtet werden, da deren übliche Behältergrößen die nach der AwSV zulässigen Grenzen überschreiten. Unzulässig können z. B. auch Betriebe sein, in denen mit besonders gefährlichen biologischen Arbeitsstoffen oder gentechnisch veränderten Stoffen einer höheren Sicherheitsstufe umgegangen wird. Es wird vorgeschlagen, die Begründung um folgenden Satz zu ergänzen: „Die Art und Intensität der Nutzung der Flächen in den Vorranggebiet RIG-4 und RIG-8, die sich in Wasserschutzgebieten befinden, regelt das Wasserrecht. Dies gilt insbesondere für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.“	RIG-8: <i>Im Bauleitplanverfahren werden für den südlichen Teil des Industriestandorts Regelungen bezüglich der Lage innerhalb des im Verfahren befindlichen WSG SZ III „WSG Saalfeld-Wöhlsdorf“ zu treffen sein. Die Art und Intensität der Nutzung innerhalb des betroffenen Flächenteils regelt das Wasserrecht. Dies gilt insbesondere für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.</i>
16	Z 2-2	70-2-001	IG-5 Industriegroßstandort Ostthüringen (Gera/Ronneburg) Die geplante Fläche sollte, in Anlehnung an den Grundsatz der Trassenfreihaltung, insoweit gesichert werden, dass die Möglichkeit einer zukünftigen Weiterentwicklung oder fachlichen Überarbeitung gegeben ist. Von Seiten des [Einreichers der Stellungnahme] bestehen derzeit keine Umsetzungsmöglichkeiten bezüglich des Industriegroßstandortes, jedoch sollten alle beteiligten Gebietskörperschaften in die weitere Bearbeitung einbezogen werden.	teilweise entsprochen Mit der Aufnahme des Industriegroßstandorts Ostthüringen (IG-5) ebenfalls in den Grundsatz G 3-9 wird der Forderung des Einreichers bereits entsprochen. Eine zeichnerische Umsetzung eines Güteranschlussgleises innerhalb des IG-5 kann nur auf Ebene der Bauleitplanung erfolgen.
17	Z 2-2	71-330-003	Aus mehreren Gründen ist für uns nicht nachvollziehbar, dass das Vorranggebiet IG-4 Hermsdorfer Kreuz/Schleifreisen im aktuellen Entwurf wieder enthalten ist:	nicht entsprochen Aufgrund der landesplanerischen Sicherung des Vorranggebiets als Industriegroßfläche (LEP, 4.3.1 Z), muss diese ebenfalls im

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

Ifd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			• Dieses große Industriegebiet würde in unmittelbarer Nachbarschaft zum Schutzgebiet FFH-138 „Zeitgrund Teufelstal Hermsdorfer Moore“ liegen. • Die Verkehrsanbindung erfüllt wegen der Ortsdurchfahrt Hermsdorf in Richtung Norden und wegen der Konflikte mit dem Besucherverkehr des benachbarten Globus-Marktes nicht die Verkehrskriterien für ein IG-Vorranggebiet • Angesichts der demografischen Entwicklung und wegen des bereits bestehenden akuten Fachkräftemangels in der Region (bestehende Gewerbeflächen in Hermsdorf und Lederhose sowie benachbartes geplantes Vorranggebiet IG-3 erscheint es auch wegen des nicht verfügbaren Arbeitskräftepotentials ungeeignet. • Es bestehen für das IG-4 Konflikte mit der angrenzenden WSZ III.	Regionalplan gesichert werden. In Umsetzung des Ziels des LEP, 4.3.1 Z hat die Regionale Planungsgemeinschaft keinen weiteren Handlungsspielraum und hält ebenso eine mittel- bis langfristige Flächenvorsorge an diesem Standort für raumordnerisch erforderlich (Lage zw. zwei Oberzentren, Lage an landesbedeutsamen Entwicklungsachsen, Lage an Infrastruktur für Autobahn und Eisenbahn, hohe landesbedeutsame Raumwirksamkeit, u. a.). Die Natura 2000-Vorprüfung auf Ebene der Regionalplanung (siehe Umweltbericht) hat Folgendes ergeben: <i>Die Festlegung ist außerhalb des FFH-Gebiets und verfügt über einen ausreichenden Abstand zu den FFH-Schutzgütern [300-500 m]. Es sind demnach keine Habitate oder Lebensräume unmittelbar betroffen. Ebenso mittelbare Betroffenheiten wurden auf der Ebene der Regionalplanung nicht erkannt. Durch Vorgaben zur Modifizierung der Vorhaben in nachfolgenden Verwaltungsverfahren (z. B. Entwässerung, Wasser- oder Stoffeintrag ins Gebiet über Einleitungen vermeiden) ist eine Minimierung von Auswirkungen durch Lärm-, Schadstoff- & Lichtimmissionen möglich.</i> Auch die Obere Naturschutzbehörde hat in Ihrer Stellungnahme keine Einwände bezüglich der Aussagen zum IG-4 in der Natura 2000-Vorprüfung des Umweltberichts im Regionalplan Ostthüringen geäußert. Bezüglich des WSG SZ III siehe Abwägung zum Hinweis mit der Anreg.-Nr.: 61-398-024 unter der Ifd. Nr. 14 in diesem Dokument. Die Verkehrsanbindung der Industriegroßfläche wird auf Ebene der Bauleitplanung zu klären sein.
18	Z 2-2	91-359-044	Da sich die Realisierbarkeit des ca. 300 ha großen Industrie-großstandortes IG-5 insbesondere hinsichtlich der Vollziehbarkeit der Entwässerung als schwierig herausgestellt hat, – die Aufstellung des entsprechenden Bebauungsplans wurde inzwischen aufgegeben – sollte die Ausweisung dieses Vorranggebietes überprüft werden.	Kenntnisnahme Die Ausweisung des Vorranggebiets wurde 2022 intensiv geprüft und abgewogen. Die Ergebnisse wurden dem Präsidium der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen am 11.11.2022

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen (Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			Im LEP 2025, Z 4.3.1 wird der Standort IG-5 (anders als im vorherigen LEP) aus den Gründen der problematischen Vollzugsfähigkeit nur noch als mittel- bis langfristig umsetzbares Gebiet in der Kategorie II genannt.	vorgetragen. Es wurde daraufhin entschieden, dass die Ausweisung des Industriegroßstandorts im Regionalplan als Vorranggebiet verbleibt. Ohnehin muss aufgrund der landesplanerischen Sicherung des Vorranggebiets als Industriegroßfläche (LEP, 4.3.1 Z), diese ebenfalls im Regionalplan gesichert werden. In Umsetzung des Ziels des LEP, 4.3.1 Z hat die Regionale Planungsgemeinschaft keinen weiteren Handlungsspielraum und hält ebenso eine mittel- bis langfristige Flächenvorsorge an diesem Standort für raumordnerisch erforderlich (Lage zw. zwei Oberzentren, Lage an landesbedeutsamen Entwicklungsachsen, Lage an Infrastruktur für Autobahn und Eisenbahn, hohe landesbedeutsame Raumwirksamkeit, u. a.). Zudem hat sich das Land Thüringen, ebenfalls im Jahr 2022, zum Industriegroßstandort Ostthüringen IG-5 (siehe Thüringer Landtag Drucksache 7/5857) bekannt. Mit der bedarfsorientierten Entwicklung von größeren Industrie- und Gewerbestandorten ist unter anderem das Ziel verbunden, die Attraktivität Thüringens im internationalen und überregionalen Standortwettbewerb zu stärken. Um eine ausreichende Verfügbarkeit von Flächen im Planungshorizont des Regionalplans für Großinvestoren bereitzustellen, verbleibt der Industriegroßstandort Ostthüringen (Ronneburg) im Regionalplan. Das Vorranggebiet IG-5 ist eine der letzten verbleibenden Flächen in Ostthüringen für einen potenziellen Großinvestor. Der vom Einreicher angesprochene „schwierige“ Bebauungsplan beruht teilweise auf qualitative Mängel des damalig beauftragten Planungsbüros und sollte nicht zur Streichung der Industriegroßfläche führen.
19	Z 2-2	92-556-007	IG-1: Es wird vorgeschlagen kritisch zu prüfen, ob es zweckmäßig ist, nicht gewerblich nutzbaren „Splitterflächen“ im Regionalplan tatsächlich als IG-1 darzustellen.	Nicht entsprochen Die aktuelle vorliegende zeichnerische Darstellung der gesamten Fläche IG-1 Altenburg/Windischleuba wurde im Juni 2021 nach Prüfung der Flächenausweisung im 1. RPO-Entwurf (Beschluss Nr. PLV 27/06/2018 vom 30.11.2018) zusammen mit der Stadt

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			Die Abgrenzung des IG-1 Altenburg/Windischleuba erstreckt sich u. a. - im Bereich westlich der B 93: südlich der jetzigen L 1355 und nördlich des geplanten Straßenverlaufes (B 180/B 93/B 7 bei Altenburg mit OU Altenburg-West und Altenburg - Rositz bis Zschaschelwitzer Kreuz, verläuft südlich der Sandgrube Gerstenberg); diese Dreiecksfläche ist somit nicht unmittelbar mit der eigentlichen Industriegroßfläche verbunden und daher für eine gewerbliche Nutzung nicht oder nur eingeschränkt nutz-/erschließbar; - im Bereich östlich der B 93: südlich der B 7 in unmittelbarer Nähe zum Zschaschelwitzer Kreuz - westlich der Fläche „KIS-7“; diese Dreiecksfläche ist somit nicht unmittelbar mit der eigentlichen Industriegroßfläche verbunden und daher für eine gewerbliche Nutzung nicht oder nur eingeschränkt nutz-/erschließbar. Ob diese Flächen geeignet sind, als Ausgleichsflächen für IG-1 zu dienen, wird sich im Bauleitplanverfahren zeigen. Die Darstellung als „IG-1“ ist hierfür nicht erforderlich - es wird vorgeschlagen, die Areale als „weiße Fläche“ darzustellen. Angaben zur Bruttoflächengröße von IG-1 müssten dann entsprechend an die verkleinerte Fläche angepasst werden.	Altenburg erarbeitet. Die Stadt Altenburg bittet um die Darstellung der Fläche IG-1 im Regionalplan Ostthüringen analog dem aktuell gültigen Flächennutzungsplan (3. Änderung April 2008) der Stadt. Hiernach ist die östliche vom Einreicher benannte „Dreiecksfläche“ ebenfalls eine GI-Fläche mit einer Flächenausdehnung von rund 6 ha. Die südliche Dreiecksfläche entspricht immerhin noch 1 ha. Die Ausformung der im Regionalplan dargestellten Fläche obliegt der Bauleitplanung und ist nicht Aufgabe des Plangebers.
20	Z 2-2	124-494-004	Das geplante Industriegebiet „IG-1 Altenburg/Windischleuba“ ist in seiner Ausprägung als völlig überflüssig und verschwenderisch anzusehen, was die Nutzung der hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen betrifft. Die betroffenen Flächen wurden mit Ackerzahlen in einer Höhe von bis zu 68 eingestuft, was den Thüringer Durchschnitt weit überschreitet. Der Ost-Thüringer Durchschnitt, abzüglich des Altenburger Landes liegt bei 41 Punkten. Der Thüringer Durchschnitt liegt weit darunter. Auf den Flächen wirtschaften aktuell nachhaltig geführte Betriebe inklusive nachhaltiger und zukunftsorientierter Tierproduktion. Modernisierungsmaßnahmen im letztgenannten Bereich erfolgten zuletzt im laufenden Kalenderjahr.	Nicht entsprochen Die Industriegroßfläche IG-1 ist bereits seit 20 Jahren in Planung. Aufgrund der landesplanerischen Sicherung des Vorranggebiets als Industriegroßfläche (LEP, 4.3.1 Z), muss diese ebenfalls im Regionalplan gesichert werden. Die vom Einreicher genannten Grundsätze sind nicht höherwertig zu wichten, als das landesplanerische Ziel der Ausweisung der zur Rede stehenden Industriegroßfläche. Würde eine Abwägung diesbezüglich stattfinden, so ist der Grundsatz klar dem Ziel unterlegen. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben, welche bereits abschließend abgewogen sowie textlich und zeichnerisch festgelegt sind. Grundsätze hingegen sind Aussagen zur Entwicklung, Ordnung

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen (Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			Die Schaffung eines Industriegebietes an diesem Standort, geht mit einem großen Verlust landwirtschaftlicher Flächen einher. Die Betriebe benötigen die betroffenen Flächen dringend, um die Tierproduktion aufrechtzuerhalten. Im Entwurf des Regionalplanes wird dem Prinzip des LEP zur Siedlungsentwicklung „Innen- vor Außenentwicklung“ ein hoher Stellenwert eingeräumt. Ziel und Handlungsgrundlage bildet die Prämisse, dass Flächeninanspruchnahme der teilweise in Konkurrenz stehenden Nutzung so entwickelt werden, dass die begrenzte Ressource Fläche vor Neuinanspruchnahme und Versiegelung geschützt wird. Konkret bedeutet dies, für den Umweltschutz wertvolle Flächen und Strukturen zu sichern, negative Auswirkungen auf Umweltgüter, Ressourcen und Gebiete zu vermeiden, Flächen sparsam und effizient in Anspruch zu nehmen und auf eine kompakte, funktionsgemischte Siedlungsstruktur mit hoher Umwelt- und Aufenthaltsqualität hinzuwirken, den räumlichen Erfordernissen des Klimaschutzes Rechnung zu tragen und Maßnahmen zur Anpassung und Schutzes vor den Folgen der Klimakrise voranzubringen (G 2-1). Dieses Prinzip muss auch für die Etablierung von Gewerbe-/Industriegebieten gelten. Der genannten Argumentation unter den Begründungen G 1-5, G 1-6 und G 1-2 steht die Etablierung eines Industriegebietes im Altenburger Land konträr gegenüber. Zudem gibt es etliche weitere Gewerbegebiete, deren Flächen bisher ungenutzt sind und voraussichtlich auch bleiben. Genau genommen handelt es sich um restliche Potenziale bestehender Gewerbegebiete in Nobitz (52 ha), Rositz (34 ha), Nitzschka/Nörditz (16 ha) und Ronneburg (30 ha) in Summe um rund 132 ha in unmittelbarer Nähe (Z 2-3). Ein weiteres Gebiet dieser Art würde ebenfalls erschlossen und nichtgenutzt bleiben.	und Sicherung des Raums und gelten als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen. Das Land Thüringen bekennt sich auch im Jahr 2022 weiterhin zum Industriepark Altenburg/Windischleuba (siehe Thüringer Landtag zu Drucksache 7/5857). Mit der bedarfsorientierten Entwicklung von größeren Industrie- und Gewerbebeständen ist unter anderem das Ziel verbunden, die Attraktivität Thüringens im internationalen und überregionalen Standortwettbewerb zu stärken. Des Weiteren entspricht die Flächenausweisung des IG-1 der Darstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Altenburg (Stand 3. Änderung vom April 2008). Mit Schreiben der Stadt Altenburg vom 18. Juni 2021 an die Regionale Planungsstelle Ostthüringen (Schreiben liegt dem Plangeber vor), bekennt sich die Stadt Altenburg weiterhin zur Ausweisung des Vorranggebiets als Industriegroßfläche. Der Plangeber ist sich bewusst, dass die Ausweisungen des IG-1 in erheblichem Maße derzeit landwirtschaftlich genutzte Flächen berühren. In Umsetzung des Ziels des LEP, 4.3.1 Z hat die Regionale Planungsgemeinschaft keinen weiteren Handlungsspielraum und hält ebenso eine mittel- bis langfristige Flächenvorsorge an diesem Standort für raumordnerisch erforderlich (außerordentlich hoher struktureller Entwicklungsbedarf im Wirtschaftsraum um Altenburg, Lage im Raum mit besonderen Entwicklungsaufgaben, Standort fußt auf Studie (2001) für gesamte Planungsregion, Lage zwischen den Oberzentren Leipzig, Zwickau und Gera, Lage in länderübergreifender Entwicklungsachse, direkte Verknüpfung mit überregional bedeutsamen Verkehrsachsen, überregional bedeutsame Raumwirksamkeit).
21	Z 2-2	124-494-006	Extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen, Hitzewellen und Starkregenereignisse sind Folgen der Klimakrise, die auch in der Region Ostthüringen immer mehr zunehmen. Das LEP fordert eine Strategie zur Anpassung	Im Übrigen hat die landwirtschaftliche Bodennutzung so lange Bestand, wie zur Umnutzung für Industrie und/oder Gewerbe kein zwingender Grund besteht. Auch werden durch den Plangeber

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

Ifd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			der Siedlungsentwicklung an die Herausforderungen und Folgen der klimatischen Veränderungen. Diese müssen sowohl auf regionaler, als auch auf lokaler Ebene umgesetzt werden (G 2-7). Der Bau des Industriegebietes IG-1 ist für zukünftige Generation in ökonomischer, sozialer als auch ökologischer Hinsicht nicht tragbar. Die Nachbardörfer Knau und Gerstenberg werden unmittelbar vom Bau eines solchen Gebietes [hier ist das IG-1 Altenburg/Windischleuba gemeint] betroffen sein. Da die Abwässer der dann versiegelten Fläche gebündelt in das Gewässer „Blaue Flut“ abgegeben werden, ist davon auszugehen, dass die Dörfer Knau und Gerstenberg gerade bei Starkniederschlagsereignissen vor große Herausforderungen gestellt werden. An dieser Stelle sei an die Flutkatastrophen im Aartal 2022 erinnert. Die blaue Flut ist keine 100 m vom geplanten IG-1 entfernt. Dabei ist der Versiegelungsgrad in Gewerbegebieten besonders hoch und führt insbesondere vor dem Hintergrund der Folgen der Klimakrise zu negativen Auswirkungen (erhöhtes Überschwemmungs- und Hochwasserrisiko, Bildung von Wärmeinseln etc.). Bedenkt man, dass für die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, für Brandschutzvorkehrungen, den Straßenunterhalt und die Straßenreinigung letztendlich der Steuer-, Abgaben- und Gebührenzahler aufkommt, entstehen für diese erheblichen Kosten. Die Unternehmen selbst zahlen die meisten Steuern hingegen am ihrem Hauptsitz. Da die Industriegebiete meistens für wenige große Unternehmen ausgelegt sind, ist kaum mit Steuereinnahmen zu rechnen (Gemeinsam mehr erreichen, 2023). Durch das Wirtschaften in einem Industriegebiet treten durch schädliche Nebenwirkungen Emissionen auf. Diese produzieren in einem ortsunüblichen Maß Umweltbelastung (wie Lärm, Staub, Geruch). Davon wären die Ortschaften Knau und Gerstenberg unmittelbar betroffen – und das im 24-h-Betrieb an 365 Tagen im Jahr. Industriegebiete sind nachts hell erleuchtet, was nicht nur für direkte Anwohner/innen eine zusätzliche Belastung darstellt.	eine Vielzahl an hochwertigen Flächen zur landwirtschaftlichen Bodennutzung gesichert (Z 4-3). Die Ermittlung der Ableitung von Abwasser nach Starkregenereignissen innerhalb von Vorranggebieten großflächige Industrieansiedlung sowie regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlung ist kein relevanter Sachverhalt auf der Ebene der Regionalplanung, da auf dieser Ebene Planungsdetails noch nicht bekannt sind. Solche Detailprüfungen finden auf Ebene der Bauleitplanung statt. Mit dem Grundsatz G 2-19 (neu G 2-20) hat der Plangeber ein Instrument geschaffen zur umweltschonenden Entwicklung von großflächigen und regional bedeutsamen Industrie und Gewerbeansiedlungen. So heißt es: <i>Bei der Umsetzung der Vorranggebiete durch die kommunale Bauleitplanung soll auf flächenschonendes, energieeffizientes und multifunktionales Bauen geachtet werden.</i> Der Plangeber hat zusätzlich entschieden, auf die „umweltschonende“ Bauweise im Grundsatz hinzuweisen und den Grundsatz angepasst. Die aufgezählten Grundsätze des Einreichers mit der Anreg.-Nr. 124-494-004 sowie -006 und der Ifd. Nr. 20 und 21 (G 1-2, G 1-5, G 1-6, G 2-1 sowie G 2-7 (neu G 2-8)) stehen den Zielen (Z 2-2 und Z 2-3) sowie dem genannten Grundsatz G 2-19 (neu G 2-20) nicht entgegen. Gerade der zitierte Grundsatz G 2-7 (neu G 2-8) widerspricht nicht dem Grundsatz G 2-19 (neu G 2-20), welcher auf ein flächenschonendes, energieeffizientes und somit auch umweltschonendes Bauen abstellt. Die CO₂-Emissionsintensität der Wirtschaft liegt in Deutschland deutlich niedriger als vom Einreicher postuliert und sollte von einem Landwirtschaftsbetrieb, als Teil der Wirtschaft, nicht differenziert werden. Je 1.000 € Bruttowertschöpfung werden in der Landwirtschaft 592 kg CO₂ ausgestoßen. Im verarbeitenden

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen (Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			Was immer auch im Industriegebiet produziert, verpackt oder gelagert wird: Güter müssen hin und wieder bewegt werden, mit dem LKW, auf unseren Straßen. Das bedeutet mehr Lärm, Luftschadstoffe, Gestank, Verkehr und Gefahr auf den betroffenen Straßen (Gemeinsam mehr erreichen, 2023). Die von Industrie und Wirtschaft ausgehenden globalen Umweltbelastungen haben mit ca. 40 % den größten Anteil am Treibhauseffekt, dem Ozonabbau und letztlich am Klimawandel dar (Wolf, 2010). Und auch der Tourismus leidet: Das Industriegebiet IG-1 würde kein schönes Bild für Besucher ergeben, wenn man sich aus Richtung Leipzig der Residenzstadt Altenburg nähert. In der Planungsregion Ostthüringen gibt es eine Vielzahl an Kulturlandschaften besonderer Eigenart und Schönheit, die in ihrer Besonderheit der Region „ein Gesicht“ verleihen, das Landschaftsbild prägen und dieses unverwechselbar machen. Dieses Gut soll geschützt werden. Insbesondere in den Räumen mit hoher Bedeutung für die Kulturlandschaft und das Landschaftsbild können durch geeignete Grünordnungsmaßnahmen die Auswirkungen auf Natur und Landschaft minimiert werden (G 2-8). Auch dieser Grundsatz ist ein klares Gegenargument zur Errichtung eines Industriegebietes IG-1. Über geplante Gebiet des IG-1 verläuft eine Hochspannungseitung. Zu dieser muss ein Mindestabstand zur Bebauung eingehalten werden. Der Bau auf der Fläche des geplanten Industriegebietes kann somit nicht gewährleistet werden. Zu guter Letzt ein Blick in die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt im Altenburger Land: Die Wirtschaft und der öffentliche Dienst des Altenburger Landes meldeten der Agentur für Arbeit Thüringen Ost im August 679 freie Arbeitsstellen. Die Arbeitgeber meldeten im August 98 neue Arbeitsstellen, das waren 7 oder 8 % mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der freien Stellen ist demnach trotz wirtschaftlich unsicheren Zeiten angestiegen. Dies zeugt davon, dass auch im Altenburger Land ein Fachkräftemangel	Gewerbe sind dies 328 kg. Das verarbeitende Gewerbe verzeichnet weiterhin stark sinkenden Emissionen, während in der Landwirtschaft zwischen 2010 bis 2021 die CO₂-Emissionen sogar leicht gestiegen sind (destatis, Pressemitteilung Nr. 437 vom 12. Oktober 2022). Eine weitere Betrachtung des Sachverhaltes wird auf dieser Planungsebene nicht vorgenommen. Im Umkreis von mehr als 5 km gibt es keine Kulturlandschaft besonderer Eigenart im Ergebnis der von der Planungsgemeinschaft Ostthüringen beauftragten Studie von 2004 (C. Schmidt, FH-Erfurt, 2004 - http://www.kulturlandschaft.fh-erfurt.de/kula_ostth/pdf/text/kulturlandschaftsprojekt_ostthueringen.pdf).

**Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)**

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			existiert. Zudem wird zurecht darauf hingewiesen, dass bei altern-der Gesellschaft etwa 50 % der Arbeitnehmer in den nächsten Jahren in Rente gehen. Die Errichtung des Industriegebietes würde diese Situation weiter verschärfen und den seit Jahrzehnten etablierten Mittelstand und kleinere Unternehmen zusätzlich belasten. Literatur: Gewerbegebiet vs. Industriegebiet (2023) Startseite: http://www.bi-gme.de/ Wolf V. (2010) Zero Emission Park – länderübergreifendes Modellprojekt zur Entwicklung nachhaltiger Industriegebiete in Deutschland. Informationen zur Raumentwicklung Heft 9.2010	
22	Z 2-2	156-379-005	Hinweis zu Z 2-2 Die unter Z 2-2 genannten Vorranggebiete für großflächige und regional bedeutsame Gewerbe- und Industrieansiedlungen werden im Wesentlichen als Fortschreibung der bisherigen Planung bewertet. Entsprechende größere zusätzliche Beeinträchtigungen für Kulturdenkmale sind daher bekannt. Ebenso sind Kulturdenkmale, die von diesen Vorranggebieten stark beeinträchtigt werden, gegebenenfalls bereits seit 2015 von vornherein nicht in die spezielle, oben genannte Aufstellung aufgenommen worden. Gleichwohl muss auf die möglichen erheblichen Beeinträchtigungen für Kulturdenkmale durch entsprechende Vorranggebiete oder örtliche Konzentrationen von Gewerbe- und Industriekomplexen hingewiesen werden, beispielsweise in Gera-Bieblach (Auswirkungen auf Denkmalensemble und Gärten-denkmals Bieblacher Hang).	Kenntnisnahme Der Plangeber hat alle Kulturlandschaften besonderer Eigenarten (C. Schmidt, FH-Erfurt, 2004 <http://www.kulturlandschaft.fh-erfurt.de/kula_ostth/pdf/text/kulturlandschaftsprojekt_ostthuering_en.pdf>) mit den ausgewiesenen Vorranggebieten für Industrie und Gewerbe (Z 2-2 und Z 2-3) im Umweltbericht geprüft. Des Weiteren wurden die Sichtbeziehungen von und zum Kulturdenkmal erhöhter Raumwirkung im Umweltbericht abgeprüft. Die Bewertung fand im Umweltbericht statt. Eine Detailprüfung kann aufgrund der Unschärfe der Regionalplanung erst auf Ebene der Genehmigungsplanung stattfinden.
23	-	86-4-016	Einfügen eines neuen Grundsatzes zur Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebietskonzeptionen aus Ebene der Landkreise Unter dem Punkt 2.3.2 werden regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen beschrieben. Dieser ist grundsätzlich nachzuvollziehen. Industrie- und Gewerbegebiete sind jedoch in	Kenntnisnahme Der Plangeber ist angehalten, die Vorranggebiete „großflächige Industrieansiedlungen“ (LEP 4.3.2 V) auszuformen und ergänzend Vorranggebiete „regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen“ (LEP 4.3.3 V) auszuweisen. Darüber hinaus werden keine weiteren Vorgaben der Landesplanung an den

**Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)**

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			jeglicher Ausdehnungsform für die Landkreise und über Kreisgrenzen hinweg von enormer überregionaler Bedeutung, denn Gewerbe- und Industriestandorte bieten eine Vielzahl von Arbeitsplätzen und somit (potenziellen) Einwohnern. Die Beschränkung auf großflächige Industrie- und Gewerbeansiedlungen ist dennoch nachzuvollziehen. Die Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebietskonzeptionen auf Ebene der Landkreise oder gemeinsam mit Nachbarlandkreisen ist für eine zukunftsfähige Industrie- und Gewerbeentwicklung zielführend. Es wird um Prüfung gebeten, ob die Formulierung eines entsprechenden Grundsatzes im Regionalplan Ostthüringen zu integrieren ist.	Plangeber gestellt. Bei einer Ausweisung eines Grundsatzes zur Entwicklung von Industrie- und Gewerbekonzeptionen auf Landkreisebene, besteht die Gefahr des Eingriffs in die kommunale Planungshoheit (Art. 28 Abs. 2 GG). Ohnehin erstellen eine Vielzahl der Landkreise sowie die kreisfreien Städte eigene Gewerbeflächenentwicklungskonzepte auf kommunaler Ebene und berücksichtigen dabei auch getroffene Festlegungen der Regionalplanung. Eine zusätzliche Ausweisung selbiger Flächen würde zu Dopplungen führen und bei einer Vielzahl kleinerer Flächen der Vorgabe aus dem LEP, 4.3.3 V einer Mindestflächengröße für Unternehmen mit einem Flächenbedarf ab 20 ha (Vorranggebiete großflächige Industrieansiedlungen) bzw. 10 ha (Z 2-3 regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen) widersprechen. Für weitere Hinweise siehe auch Abwägung zum Hinweis mit der Anreg.-Nr.: 92-556-001 unter der lfd. <u>Nr. 2</u> in diesem Dokument.
24	Z 2-3	61-398-002	RIG-1 Gewerbepark „Am Flugplatz Altenburg-Nobitz“: Die Fläche grenzt im Süden und Osten unmittelbar an das NSG „Leinawald“. Das gleichnamige FFH-Gebiet Nr. 142 und das SPA-Gebiet "Östliches Altenburger Land" befinden sich im Nahbereich, eine Inanspruchnahme der Gewerbegebietsflächen in diesem Nahbereich kann je nach beabsichtigter Nutzung des Standorts mit Beeinträchtigungen der Schutzziele und Erhaltungsziele der genannten geschützten Bereiche verbunden sein. Darauf sollte in Text und Umweltbericht an geeigneter Stelle verbindlich hingewiesen werden (entsprechend Anmerkung oben [siehe Anregung 001])	entsprochen Der Vorschlag des Einreichers in die Begründung des Ziels Z 2-3 einen weiteren Satz bzgl. der betreffenden Natura 2000-Schutzgebiete einzubinden, wird gefolgt. Folgender Satz wurde bzgl. des Vorranggebiets regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen RIG-1 eingearbeitet: <i>Der Gewerbepark grenzt im Nord und Osten unmittelbar an das FFH-Gebiet Leinawald sowie an das SPA-Gebiet „Nordöstliches Altenburger Land“. Im Genehmigungsverfahren potenzieller Ansiedlungen wird eine nähere Betrachtung hierzu folgen müssen.</i>
25	Z 2-3	61-398-010	Zu Z 2-3 Ergänzungsvorschlag Begründung: "Im Industrie- und Gewerbepark Ronneburg Ost (RIG-7) liegen Anlagen der Wismut GmbH, welche im Rahmen der Flutung der Grube Ronneburg genutzt werden (z. Bsp. Versenkbohrung). Der Erhalt der Funktionsfähigkeit der Anlagen ist bei der nachfolgenden Planung zu berücksichtigen."	Kenntnisnahme Die Auseinandersetzung mit dem hier angeführten Sachverhalt findet auf der Genehmigungsebene statt und ist somit kein bewertungsrelevanter Bestandteil auf Ebene der Regionalplanung.

Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
26	Z 2-3	91-359-045	[Hinweis zu Z 2-3] Bezüglich der ausgewiesenen RIG-Standorte ist festzustellen, dass es sich (bis auf das RIG-1) um faktische bzw. festgesetzte Industrie- bzw. Gewerbegebiete mit bestehenden Baurechten handelt, die bereits überwiegend genutzt werden und von denen die meisten im aktuell wirksamen Regionalplan Ostthüringen nicht festgelegt sind. Bezüglich der in der Begründung enthaltenen Aussage, die Vorranggebiete würden gesichert, um konkurrierende, mit der vorrangigen Nutzung nicht vereinbare Planungen und Maßnahmen zu unterbinden, wird darauf hingewiesen, dass die raumordnerische Zielstellung auf die Zulässigkeitsebene nicht durchgreift. Es sollte in der Begründung dargelegt werden, inwiefern das Ziel einen Anpassungsbedarf bei bestehenden Bauleitplänen (aufgrund von § 1 Abs. 4 BauGB) auslöst.	Kenntnisnahme Der Plangeber hat sich dazu entschieden, die Vorranggebiete regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen (Z 2-3) auch bei einer geringen Flächenverfügbarkeit auszuweisen, um konkurrierende, mit der vorrangigen Nutzung nicht vereinbare, Planungen und Maßnahmen zu unterbinden. Denn die genannten Vorranggebiete verlieren, trotz geringem Flächenpotenzial wegen hoher Flächenauslastung, nicht ihre Funktion oder Nutzung als Standort für Industrie- und Gewerbeansiedlungen. Auf größere Fluktuationen bei der Flächenverfügbarkeit (z. B. während einer Rezession oder einem industriellen Paradigmenwechsel) müsste der Plangeber nicht sofort mit einer Planänderung reagieren. Würde der Plangeber jedoch der LEP Vorgaben 4.3.2 und 4.3.3 einer zusammenhängenden Flächenverfügbarkeit von 20 ha folgen, so würden zum einen sechs Vorranggebiete aus den Zielen Z 2- 3 und Z 2-4 entfallen, welche dennoch in ihrer Funktion und Nutzung großflächige sowie regional bedeutsame Industrieansiedlungen sind, zum anderen müsste der Plangeber in regelmäßigen Abständen prüfen, ob aufgrund von Unternehmensschließungen sich Änderungen der Flächenverfügbarkeit ergeben. Ein ähnliches Vorgehen wird u. a. bei den Vorranggebieten Windenergie vom Einreicher jedoch nicht verlangt. Auch hier werden bereits voll genutzte Vorranggebiete Windenergie weiterhin vom Plangeber ausgewiesen. Das Ziel Z 2-3 löst keinen Anpassungsbedarf der bestehenden Bauleitpläne nach § 1 Abs. 4 BauGB aus, solange die im Grundsatz G 2-19 (neu G 2-20) beschriebenen nicht mit Industrie- und Gewerbe vereinbaren Nutzungen in der ausgewiesenen Fläche ausgeschlossen werden. Ebenso wird in der Begründung des Grundsatzes G 2-19 (neu G 2-20) bereits auf die vom Einreicher genannten Vorschriften
27	G 2-19	91-359-043	In G 2-19, Satz 3 ist für diese Gebiete [aus Z 2-2 und Z 2-3] eine Nutzungsvorgabe enthalten, wonach die Vorranggebiete von nicht-industriellen bzw. gewerblichen Funktionen oder Nutzungen, wie z. B. großflächige Einzelhandelseinrichtungen, Solar-Freiflächenanlagen als Hauptnutzung, gewerblichen Tierhaltungsanlagen oder Vergnügungsstätten freigehalten werden sollen. Diese Nutzungsvorgabe sollte in die entsprechenden Ziele Z 2-2 und Z 2-3 aufgenommen werden. Sie konkretisieren im Grunde die in Z 2-2 bzw. Z 2-3 enthaltene Festlegung, wonach nicht vereinbare raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen ausgeschlossen sind. (In der Begründung zu Z 2-2 bzw. Z 2-3 sollte bei der Darlegung der Festlegung zur Nutzungsvorgabe insbesondere auf die Vorschriften § 1 Abs. 5, 6 und 9 sowie § 11 BauNVO verwiesen werden, mit Hilfe derer diese in der Bebauungsplanung umgesetzt werden kann.)	

**Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)**

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
28	G 2-19	91-359-046	Die in G 2-19, Satz 1 und 2 enthaltene Regelung zur vorrangigen Berücksichtigung der in Z 2-2 und Z 2-3 ausgewiesenen IG- und RIG-Gebiete wird begrüßt. In der Begründung, 1. Absatz sollte der Begriff „großräumige Gewerbe- und Industriegebiete sowie vergleichbarer Gebiete“ ergänzend erläutert werden, um Auslegungsschwierigkeiten im Rahmen der Anwendung in der Bauleitplanung vorzubeugen. (Dabei kann etwa auf sonstige Sondergebiete für bestimmte Gewerbe- bzw. Industriebetriebe bzw. auf entsprechende vorhabenbezogene Festsetzungen in vorhabenbezogenen Bebauungsplänen verwiesen werden.) Die in G 2-19, Satz 3 enthaltene Nutzungsvorgabe zu den in Z 2-2 und Z 2-3 ausgewiesenen IG- und RIG-Gebieten gehört u. E. zu den Festlegungen in diesen Zielen.	der BauNVO bezüglich der Festlegungen im Bebauungsplan hingewiesen. Zur Verdeutlichung wird ein Hinweis zu G 2-19 (neu G 2-20) in den Zielen Z 2-2 und Z 2-3 eingetragen. Eine Übernahme der unter G 2-19 (neu G 2-20) gestellten Festsetzung in die Ziele Z 2-2 und Z 2-3 ist somit nicht notwendig, da mit einem Verweis zum Grundsatz G 2-19 (neu G 2-20) darauf hingewiesen wird, wo die Nutzungsvorgaben detailliert für die Vorranggebiete erläutert werden.
29	Z 2-3	127-349-098	Für RIG-7 wird eine Ergänzung der Begründung vorgeschlagen. Formulierungsvorschlag für die Begründung zu RIG-7: „Im RIG-7 Industrie- und Gewerbepark Ronneburg Ost liegen Anlagen der Wismut GmbH, welche im Rahmen der Flutung der Grube Ronneburg genutzt werden (z. Bsp. Versenkbohrung). Der Erhalt der Funktionsfähigkeit der Anlagen bedarf der Berücksichtigung in nachfolgenden Planungen.“	Kenntnisnahme Die Fläche RIG-7 Industrie- und Gewerbepark Ronneburg Ost ist bereits durch einen Bebauungsplan etabliert. Im Bebauungsplan der Stadt Ronneburg „Industrie und Gewerbepark Ronneburg-Ost“ von Juni 2015 sind Anlagen der Wismut GmbH gekennzeichnet. Ein weiteres Aufgreifen des Sachverhalts auf Ebene der Regionalplanung ist nicht notwendig.
30	Z 2-3	179-256-009	[Der Einreicher der Stellungnahme] möchte unter anderem auf ihrer Fläche ein regionales Vorranggebiet für bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlung in der Meilitzer Ebene ergänzt haben. Die nachfolgend dargestellte Fläche hat eine optimale Verkehrsanbindung B 92 – L 1082 – L 2230, eine Gleisanbindung mit Rangierbahnhof Wünschendorf sowie eine gute Infrastruktur aufgrund vorhandener Gewerbe- und Industrieansiedlung. Die Verlegung der Landesstraße L 2230 bedeutet eine Verbesserung der Erschließung des Gebietes, insbesondere der Anbindung der	nicht entsprochen Das vom Einreicher vorgeschlagene Vorranggebiet für regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen in der Meilitzer Ebene kann nach ausführlicher Überprüfung und einem weiteren, internen Beteiligungsverfahren mit dem LK Greiz (Eingang der Anhörungsunterlagen in der Planungsstelle am 21.11.2022) nicht aufgenommen werden. Obwohl im Gewerbeflächenentwicklungskonzept des LK Greiz der Standort Meilitzer Ebene ein perspektivisches Entwicklungspotenzial besitzt, überwiegen derzeit

**Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)**

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			Deponie Untitz und gleichzeitig eine Entlastung der Ortslage Meilitz. Auf dem Westfeld wird seit 2018 eine Deponie der Deponieklasse I errichtet, deren Eröffnung des ersten Ablagerungsabschnittes für Anfang 2020 vorgesehen ist. Der Deponie vorgelagert ist das Recyclingzentrum. Dieses umfasst Sortieranlage für Leichtfraktionen, die Kompostieranlage für Bioabfälle und Grünschnitt, Sperrmüll-Sortierung, Altholz-Verwertung, Altpapier- und Pappesortierung, Umladestation für Siedlungsabfall und den Recyclinghof. Dementsprechend ist die Verkehrsbelastung an großen Lastkraftfahrzeugen. Benachbart an die Flächen der Deponie befinden sich das Dolomitwerk sowie die ALZI Metallveredlung GmbH und der Landhandel für Agrar- und Baustoffprodukte mit einer Tankstelle. Weiterhin befindet sich im Ortsteil Meilitz der Transport- und Logistikbetrieb Rühmann. Alle Industrie- und Gewerbeansiedlungen haben ebenfalls ein hohes Verkehrsaufkommen. Die Ergänzung bzw. Verdichtung der vorhandenen Industrie- und Gewerbeansiedlung ist aus Sicht der Gemeinde Wüschendorf/Elster wirtschaftlich sinnvoll und richtig. Die vorhandene Gleisanbindung im Bereich des Dolomitwerkes ist ein besonderer Vorteil für das Gebiet. Zudem liegt das Gebiet ausgestattet mit einer guten Infrastruktur, insbesondere einem Haltepunkt der Deutschen Bahn und dem sehr gut ausgebauten Elsterradweg auf für die Arbeitnehmer im Stadt-Umlandbereich gut erreichbar.	eine Vielzahl an Gegenargumenten für eine Ausweisung als Vorranggebiet regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlung. Vor allem soll das Vorranggebiet Landwirtschaft Bodennutzung/ Taubenpreskeln/Meilitz" (LB-29) im Sinne der Nachhaltigkeit von fruchtbaren, landwirtschaftlichen Böden, erhalten bleiben. Auch der aktuelle FNP der Gemeinde Wüschendorf stellt die potenzielle Fläche als Ackerfläche dar. Des Weiteren verfügt die Gemeinde Wüschendorf bereits über eine nicht voll erschlossene Gewerbegebietsfläche von 36 ha („Recyclingpark Wüschendorf“). Daher sind vorhandene Flächen im Raum der Gemeinde Wüschendorf/Elster vor einer Neuausweisung eines Vorranggebiets regional bedeutsamen Industrie- und Gewerbeansiedlungen vorrangig zu entwickeln. Für die perspektivische Entwicklung des Standortes Meilitzer Ebene wird dem Einreicher abschließend empfohlen, die raumordnerischen Konflikte zu beseitigen, vorhandene, nicht entwickelte Flächen zu bündeln und zu aktivieren und gemeinsam in eine Abstimmung mit dem Landkreis sowie dem benachbarten Oberzentrum zu treten, um hier eventuelle gegenläufige Eigeninteressen abzuwägen. Eine perspektivische Entwicklung des Standortes soll mit dieser Entscheidung jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Raumordnerische Hemmnisse sowie die Bedenken im Bereich Umwelt und Landwirtschaft können gemeinsam zwischen Landkreis, Gemeinde sowie dem benachbarten Oberzentrum abgewogen werden, um ein grundsolides Gerüst für ein Vorranggebiet regional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen in der Meilitzer Ebene zu entwickeln.
31	G 2-20	91-359-047	Bezüglich der Forderung, die gleisnahen Standorte der in Z 2-2 und Z 2-3 ausgewiesenen IG- und RIG-Gebiete für Unternehmen mit Affinität zum Schienengütertransport vorzuhalten, wird darauf hingewiesen, dass die raumordnerische Zielstellung auf der Zulässigkeitsstufe bei bestehen-	Kenntnisnahme Ein Verweis auf die BauNVO bezüglich eines Gleisanschlusses für die Vorranggebiete Z 2-2 und Z 2-3 wird als nicht notwendig erachtet, da Bahnanlagen in Industriegebieten weder ein- noch ausgeschlossen werden nach § 9 BauNVO. Der Grundsatz der

**Änderung des Regionalplans Ostthüringen – Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung zum 2. Entwurf des Regionalplans Ostthüringen
(Beteiligungszeitraum 24.07. – 25.09.2023)**

Abschnitt 2.3 – Flächenvorsorge Industrie und Gewerbe

lfd. Nr.	Plansatz Begründung Karte	Anreg.-Nr.	Inhalt	Abwägungsentscheidung der Planungsversammlung
			dem Baurecht allenfalls im Rahmen von Vermarktungsmaßnahmen durch öffentliche Stellen im Sinne von § 4 Abs. 1 ROG zum Tragen kommen kann. In der Begründung zu G 2-20 können ggf. ergänzend insbesondere die Vorschriften § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO genannt werden, mit Hilfe derer die Vorgabe in der Bebauungsplanung umgesetzt werden kann.	Raumordnung ist lediglich ein Prüfauftrag Möglichkeiten zu eruieren gleisnahe Industriestandorte mit einem Gleisanschluss zu versehen. Konkretisierungen werden hierzu in der Bauleitplanung stattfinden, auch ohne dass der Plangeber auf die BauNVO nochmals hinweisen muss.